

Rucht, Dieter

Article — Digitized Version

Eine institutionalisierte Bewegung? Entwicklung und Struktur von Naturschutzverbänden und Ökologiebewegung

Politische Ökologie

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1993) : Eine institutionalisierte Bewegung? Entwicklung und Struktur von Naturschutzverbänden und Ökologiebewegung, Politische Ökologie, ISSN 0933-5722, Ökonomische Gesellschaft für Ökologische Kommunikation, München, Vol. 11, Iss. 31, pp. 36-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122642>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Entwicklung und Struktur von Naturschutzverbänden
und Ökologiebewegung 1)

Eine institutionalisierte Bewegung?

Von Dieter Rucht

Ist die Ökologiebewegung in der Krise? Nimmt man den Organisationsgrad und die Mitgliederentwicklung der Initiativen und Verbände als Maßstab, kann diese derzeit oft geäußerte Diagnose nicht bestätigt werden. Zwar hat sich die Struktur der Ökologiebewegung seit dem Be-

ginn der siebziger Jahre stark gewandelt – die Zahl der in ihr engagierten Personen insgesamt hat jedoch zugenommen. Gleichzeitig bewahrte die Ökologiebewegung ihre Vielfalt an Organisationen und Netzwerken.

Der Begriff *Ökologiebewegung* (2) setzt sich in der Bundesrepublik erst um 1978 durch. Aufgrund des fortgeschrittenen Vernetzungsgrades der einzelnen Gruppierungen und der Anerkennung eines wenn auch vage bleibenden politisch-ideologischen Nenners kann man

jedoch bereits spätestens ab Mitte der siebziger Jahre die Existenz einer entsprechenden Bewegung unterstellen. Ob es zweckmäßig ist, auch rückwirkend die Lebensreform- und Jugendbewegung als ökologische Bewegungen zu bezeichnen, sei hier dahingestellt.

Inhaltlich lassen sich innerhalb der Ökologiebewegung zwei Hauptströmungen unterscheiden. Dies ist einmal der *pragmatische Umweltschutz*, der die bestehenden politisch-institutionellen Rahmenbedingungen im wesentlichen akzeptiert. Die zweite Grundströmung ist die utopisch angeleitete, auf gesamtgesellschaftliche Veränderung zielende *politische Ökologie*. Gerade unter organisatorischen Gesichtspunkten können jedoch die analytisch von der Ökologiebewegung geschiedenen Gruppierungen des *traditionellen Naturschutzes* nicht ignoriert werden, da sie faktisch mit denen des pragmatischen Umweltschutzes verflochten sind, teils auch von der Ökologiebewegung beeinflusst wurden und sich dieser zunehmend angenähert haben.

Die genannten Strömungen haben weit zurückreichende Wurzeln, die erst in den letzten Jahren verstärkt Beachtung finden. Im Bereich des traditionellen Naturschutzes besteht eine augenfällige ideologische und organisatorische Kontinuität. Auch für die heutige Ökologiebewegung sind ideologische Gemeinsamkeiten vor allem mit der Lebensreform- und Teilen der Jugendbewegung nachzuweisen. Jedoch bestehen innerhalb dieses Stranges - nicht zuletzt durch die gewaltsame Zäsur des Nationalsozialismus - so gut wie keine organisatorischen Verbindungslinien, wenn man einmal von dem der Arbeiterbewegung entstammenden Touristenverein „Die Naturfreunde“, den anthroposophischen Gemeinschaften und dem Wirken exponierter Einzelpersonen absieht.

Im folgenden wird nur am Rande auf prozessuale Aspekte eingegangen. Zudem bleiben jene Organisationen weitgehend ausgeklammert, die sich lediglich zweitrangig oder marginal mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes befassen (etwa Verbände der Fischer, Jäger, Alpinisten oder Verbraucher), obgleich sie aufgrund ihrer Größe und Ressourcen hierfür durchaus bedeutsame Beiträge zu liefern vermögen.

■ Entwicklungslinien

Anfang der siebziger Jahre kam auf vielen Ebenen Bewegung in die bislang eher antiquierten und schleppenden Bemühungen des Naturschutzes. Wichtige Impulse brachten das Europäische Naturschutzjahr (1970) und die Stockholmer Umweltschutzkonferenz (1972). In der Bundesrepublik wurden recht hastig administrative und gesetzgeberische Initiativen gestartet. Sehr rasch wuchs die allgemeine Sensibilität für Umweltfragen. Die Medien öffneten sich der Thematik; Bürgerinitiativen im Bereich des Umweltschutzes gewannen an Zulauf.

Von dieser Entwicklung blieben auch Vereine und Verbände des herkömmlichen Natur- und Heimatschutzes nicht unberührt, die lange vor der sich nun ausformenden Ökologiebewegung entstanden waren. Den meisten dieser Organisationen fiel es jedoch schwer, auf die gewandelten Bedingungen zu reagieren. Das Aufkommen autonomer, nicht selten zu unkonventionellen Mitteln greifender Umweltinitiativen, die Etablierung neuer, offensiv operierender regionaler und nationaler Umweltorganisationen, die fast schlagartige Popularisierung und Politisierung des Natur- und Umweltschutzes wurde halb distanziert, halb fasziniert zur Kenntnis genommen. Im Unterschied etwa zu Frankreich führte diese Entwicklung in der Bundesrepublik jedoch zu keinem Gegensatz zwischen traditionellem Naturschutz und Ökologiebewegung. Vereinzelt vollzogen klassische Naturschutzorganisationen die Wende zum Umweltschutz aus eigener Kraft und Einsicht; zuweilen kam es lediglich zu minimalen Anpassungsprozessen und kosmetischen Korrekturen; am deutlichsten waren jedoch die Annäherungen sowie die personellen und organisatorischen Verflechtungen zwischen alten und neuen Organisationen. Jedenfalls öffnete sich die Mehrzahl der Traditionsverbände des Naturschutzes, wenn auch zögernd und in unterschiedlichem Maße, für das neue Selbstverständnis des Umweltschutzes. Damit konnten sie auch am Aufschwung des Umweltthemas teilhaben, fast durchweg ihre Mitgliedschaft verbreitern und fallweise eine beachtliche publizistische und staatliche Anerkennung finden.

Dieser Wandel vollzog sich nicht immer kontinuierlich und harmonisch. Vor allem in der größten Dachorganisation, dem Deutschen Naturschutzing (DNR), brachen die Konflikte zwischen unpolitischem Naturschutz und modernem Umweltschutz in aller Schärfe auf. Die mit daraus resultierende Immobilität des Verbandes wurde konsequenterweise mit der Gründung einer eigenständigen, in sich relativ homogenen Organisation, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), beantwortet.

Weitgehend unabhängig von den genannten Verbänden hatten sich bereits ab den frühen siebziger Jahren die Initiativen und Organisationen der politischen Ökologie herausgeschält. Ihr Brennpunkt war der Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie. Inzwischen hat sich jedoch das Themen- und Aktionsspektrum bedeutend erweitert. Ein Großteil dieser Gruppierungen hat seinen informellen und autonomen Charakter bis heute im Prinzip beibehalten. Zugleich entstanden aber auch auf regionaler wie nationaler Ebene stärker formalisierte Strukturen. Bis Anfang der achtziger Jahre hatte hierbei der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) eine Schlüsselrolle inne. Diese Position hat er jedoch aufgrund interner Krisen, aber auch wegen des Aufstiegs anderer vitaler Organisationen (etwa BUND, Greenpeace oder DIE GRÜNEN), eingebüßt.

■ Das strukturelle Profil von Naturschutzverbänden und Organisationen der Ökologiebewegung

Heute stellen die Organisationen des Naturschutzes und der Ökologiebewegung ein komplexes, facettenreiches und kaum überschaubares Netzwerk dar. Dazu gehören hinsichtlich ihrer formalen Strukturen, Organisationsziele und politisch-ideologischen Orientierungen höchst verschiedenartige Gruppierungen und Organisationen, deren Extreme naturgemäß nur indirekt, über Zwischenglieder, miteinander verbunden sind. Im groben läßt sich eine Doppelstruktur von eher hierarchischen, vereins- und verbandsförmigen Organisationen herkömmlichen Zuschnitts und eher informellen, dezentral organisier-

ten Gruppierungen feststellen. Diese Struktur deckt sich zu einem guten Teil mit den Strömungen des konventionellen Naturschutzes und des pragmatischen Umweltschutzes einerseits und der politischen Ökologie andererseits.

■ Traditionelle Naturschutzverbände

Zu den ältesten und bedeutendsten unter den heute noch bestehenden Naturschutzorganisationen zählen der Bund für Vogelschutz, 1990 umbenannt in Naturschutzbund Deutschland mit rund 150 000 Mitgliedern, und der Bund Naturschutz in Bayern, mit rund 100 000 Mitgliedern. Unter den sekundären Natur- und Umweltschutzorganisationen sind vor allem der Deutsche Alpenverein und die zahlreichen Wander-, Gebirgs- und Heimatvereine zu nennen. Freilich sind nicht alle Verbände, die historisch dem traditionellen Naturschutz zugehörten, auch in diesem Lager verblieben. So hat vor allem der Bund Naturschutz in Bayern nach einer strukturellen, personellen und programmatischen Erneuerung um 1969/70 das Terrain des betulichen, unpolitischen Landschafts- und Artenschutzes überschritten und sich inzwischen zu einem kämpferischen Umweltverband entwickelt. Andererseits sind in den Nachkriegsjahrzehnten auch neue Vereine und Verbände entstanden, die noch weitgehend den Mustern des konventionellen Naturschutzes verhaftet sind. Nach-

Anmerkungen

- 1) Bei diesem Beitrag handelt es sich um die aktualisierte und stark gekürzte Fassung des Beitrags „Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung“, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1991, S. 334-358. Dort finden sich auch zahlreiche Literaturnachweise.
- 2) Mit Ökologiebewegung wird hier der Verflechtungszusammenhang der Gruppen, Strömungen und Organisationen bezeichnet, die als nichtstaatliche Akteure das Anliegen eines umfassend verstandenen Umweltschutzes auch auf politischer Ebene geltend machen und sich selbst einer solchen Bewegung zurechnen. Nach diesem Verständnis werden traditionelle, unpolitische Naturschutzbemühungen ausgeklammert, wobei in der Praxis solcher fließende Übergänge bestehen.

”

Anfang der siebziger Jahre kam auf vielen Ebenen Bewegung in die bislang eher antiquierten und schleppenden Bemühungen des Naturschutzes. Wichtige Impulse brachten das Europäische Naturschutzjahr (1970) und die Stockholmer Umweltschutzkonferenz (1972).

T H E M A
Strukturen

dem das Feld des allgemeinen Naturschutzes bereits durch bestehende Organisationen besetzt war, bildeten sich in dieser Ära vor allem Naturschutzorganisationen mit spezielleren Zielsetzungen. Zu nennen sind hier zum Beispiel die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und die bundesrepublikanische Sektion des World Wildlife Fund, der sich 1990 in World Wide Fund for Nature umbenannt hat. Neben ihren programmatischen und ideologischen Gemeinsamkeiten weisen die genannten Organisationen auch hinsichtlich ihrer Struktur und ihrer bevorzugten Aktionsformen gemeinsame Merkmale auf. Mit Ausnahme des als Stiftung bestehenden World Wide Fund for Nature handelt es sich um Organisationen auf der Basis von individueller Mitgliedschaft. Sie bevorzugen im allgemeinen einen an die Gliederung der Gebietskörperschaften angelehnten hierarchischen Organisationsaufbau mit einem hohen Formalisierungsgrad und klar definierten Zuständigkeiten. Die größten Organisationen verfügen über eine ansehnliche sachliche und personelle Ausstattung einschließlich eines fachkundigen Mitarbeiterstabes, im Falle des Naturschutzbundes Deutschland immerhin bereits im Jahr 1985 rund 60 Angestellte (einschließlich ABM-Stellen und Zivildienstleistenden).

Die zentrale Dachorganisation im Naturschutzbereich ist der 1950 gegründete *Deutsche Naturschutzring* (DNR). Ihm sind über 90 Verbände mit insgesamt 2,5 Millionen Einzelmitgliedern (Stand 1991) angeschlossen. Diese beeindruckend hohe Mitgliederzahl erkärt sich zu einem guten Teil aus der Eingliederung großer Fachverbände, die als Zweitorganisationen im Bereich des Naturschutzes einzustufen sind (beispielsweise Tierschutzverbände, Heimatvereine, Deutsches Jugendherbergswerk, naturkundliche und naturwissenschaftliche Vereine) und solchen Verbänden, die eher als Naturnutzer denn als Naturschützer bezeichnet werden können (etwa Deutsche Reiterliche Vereinigung, Verbände von Fischern Imkern, Kanuten, Sporttauchern). Die nominelle Größe des DNR steht allerdings in deutlichem Kontrast zu seinem faktischen Einfluß. Aufgrund seiner heterogenen Zusammensetzung und der widerstrebenden Partikularinteressen vieler sei-

ner Einzelverbände (zum Beispiel Reiter contra Tierschützer; Wanderer contra Jäger), auch aufgrund des seit Mitte der siebziger Jahre verstärkt aufgebrochenen ideologischen Grundsatzstreits (unpolitischer Naturschutz versus politischer Umweltschutz) ist der DNR ständig von Selbstblockierungstendenzen und Abspaltungen bedroht. Er ist unter diesen Bedingungen auch kaum zu dezidierten, offensiven Aussagen oder gar Aktionen fähig. Hinzu kommt seine gemessen an der Stärke vieler Einzelverbände - eher bescheidene personelle und finanzielle Ausstattung und die Abhängigkeit von öffentlichen Finanzhilfen (in den vergangenen Jahren zwischen 50 bis 65 Prozent des jeweiligen Budgets). Der DNR ist damit gleichsam ein unbeweglicher Koloß auf starken Füßen, dessen Handikap darin besteht, daß seine Füße in alle möglichen Richtungen zeigen. Aufgrund einer Satzungsänderung im Jahr 1984 haben die bislang in einer klaren Minderheitsposition befindlichen Naturschützer gegenüber den Naturnutzern eine Majorität der Stimmen erlangt. Zugleich wurde mit dem im Dezember 1987 beschlossenen Grundsatzprogramm eine Abkehr vom herkömmlichen Naturschutzverständnis signalisiert.

■ Organisationen des pragmatischen Umweltschutzes

Gerade am Beispiel des DNR läßt sich zeigen, wie eng und spannungsreich die Bereiche des konventionellen Naturschutzes und des pragmatischen Umweltschutzes in der Praxis miteinander verzahnt sind. Mitglied und zugleich potentieller Gegenspieler des DNR ist der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND).

Nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Immobilität des DNR wurde der BUND 1975 „von oben“, das heißt durch die Initiative einiger weniger Funktionäre und Persönlichkeiten aus dem Umweltschutzbereich, ins Leben gerufen. Der bereits erwähnte Bund Naturschutz Bayern war dabei zugleich entscheidender Geburtshelfer, gewichtigstes „Stammkapital“ und organisatorisches wie programmatisches Modell für den Bundesverband. Der BUND wurde nach einer Phase anfänglicher Schwierigkei-

ten und Querelen rasch und zielstrebig zu einer flächendeckenden Organisation in allen Bundesländern ausgebaut. Ende 1992 umfaßte der BUND insgesamt rund 210 000 Mitglieder, von denen etwa ein Viertel direkt, also ohne Zugehörigkeit zu einem Landesverband, registriert sind. Als weitaus stärkster Landesverband stellt der Bund Naturschutz in Bayern rund die Hälfte aller Mitglieder des BUND.

Rhetorik, Programmatik und Aktionen des BUND sind weitaus konfliktfreudiger und aggressiver als bei konventionellen Naturschutzorganisationen, obgleich deren Aufgabenspektrum (zum Beispiel Artenschutz, naturkundliche Aufklärung und Wanderungen) durchaus mit abgedeckt werden. Der BUND beziehungsweise seine Untergliederungen beziehen entschieden gegen die Nutzung der Atomenergie Stellung, schalten sich aktiv in „heiße“ Konflikte (Startbahn West, Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf etc.) ein, suchen umweltbelastende Projekte durch den Kauf von „Sperrgrundstücken“ und durch Verwaltungsgerichtsverfahren zu blockieren. Auch werden zuweilen Regierungsvertreter in einem Ton attackiert, der Repräsentanten des konventionellen Naturschutzes nie über die Lippen käme. Allerdings ist der BUND zugleich darum bemüht, als seriöse, sachkompetente Organisation Anerkennung zu finden und in einschlägige politisch-administrative Verfahren eingeschaltet zu werden.

Ein wichtiger „newcomer“ im Bereich des pragmatischen Umweltschutzes ist *Greenpeace*. Die deutsche Sektion entstand im Jahr 1981. Sie ist straff und zentralistisch organisiert. Auf nationaler Ebene besteht ein kleiner Führungskreis, der sich vor allem auf einen rasch wachsenden Stab von rund 140 hauptamtlichen Mitarbeitern in der Hamburger Zentrale stützt (Stand Herbst 1992). Die rund 70 regionalen beziehungsweise lokalen „Kontaktgruppen“ (in einer Größenordnung von fünf bis vierzig Mitgliedern) sind ganz von den Entscheidungen der Zentrale abhängig. Aufgrund spektakulärer, medienwirksam inszenierter Aktionen hat *Greenpeace* ein hohes Spendenaufkommen, dessen Hauptteil von den rund 750 000 regelmäßigen Förderern aufgebracht wird.

Hinzu kommen Erlöse aus dem Warenverkauf (Zeitschriften, T-Shirts, Buttons etc.), so daß die Organisation über einen Jahresetat von rund 60 Millionen DM (1992) verfügen kann. In ihrer strikten Professionalisierung und Zentralisierung liegt die Stärke und Schwäche der Organisation. Einerseits werden so generalstabsmäßig geplante Überraschungsaktionen selbst in den entferntesten Zonen der Erde ermöglicht, andererseits bildet die verordnete Unselbständigkeit von Kontaktgruppen und Mitarbeitern einen beständigen Anlaß zu Frustrationen und zu hoher personeller Fluktuation. *Greenpeace* verzeichnet ein explosives Wachstum, das alle Zahlenangaben rasch veralten läßt. Im Herbst 1990 wurden weltweit rund 4 Millionen Förderer in 40 Ländern gezählt. Derzeit bestehen über 30 Büros in mehr als 20 Ländern.

Im Schatten dieser großen und bekannten Verbände stehen verschiedene Stiftungen sowie zahlreiche kleinere Vereinigungen und lose Gruppierungen, die sich meist auf Teilgebiete der Umweltpolitik spezialisiert haben.

Eine dieser sektoralen Organisationen ist die „*Bundesvereinigung gegen Fluglärm*“, die im Herbst 1967 als Zusammenschluß von sechs lokalen Initiativen entstand, 1973 über 60 Gruppen und Kommunen umfaßte und nur noch langsam expandierte. Struktur und Arbeitsweise der Bundesvereinigung sind eher konventionell ausgerichtet und stärker auf kritische Kooperation denn auf Konfrontation mit Verwaltungen und Behörden angelegt, zumal über ein Drittel der Mitglieder aus Städten und Gemeinden besteht und viele örtliche Gruppierungen in den offiziellen Fluglärmkommissionen vertreten sind. Möglicherweise ist die eher gemäßigte Ausrichtung der Vereinigung auch der Grund dafür, daß die in den vergangenen Jahren an vielen Orten entstandenen Initiativen gegen den militärischen (Tief-)Fluglärm (1990 über 120 Gruppen) sich weitgehend separat koordinieren und zu wesentlich offensiveren Widerstandsaktionen greifen.

In der Namensgebung zwar nicht erkennbar, aber in der Programmatik zwischen Umweltschutz und politischer Ökologie angesiedelt sind der 1979 bundesweit gegründete *Allgemeine Deutsche*

Fahrradclub (ADFC) sowie der *Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland* (VCD). Letzterer, erst im Jahr 1987 gegründet, hatte zwar im Herbst 1991 immerhin einen Mitgliederstand von 53 000 aufzuweisen, bleibt aber doch neben dem ADAC mit elf Millionen Mitgliedern ein schwächlicher Zwerg. Sehr informell hinsichtlich der Organisationsstruktur dagegen ist der Verbund der *Verkehrsiniciativen* im Rahmen der Vereinigung „Arbeitskreis Verkehr und Umwelt“. Initiatoren und Träger des Arbeitskreises sind einige Mitglieder der „Bürgerinitiative Westtangente e.V. Berlin“. Mit äußerst geringen Mitteln, aber hoher sachlicher Kompetenz, wird durch den Arbeitskreis seit 1977/78 ein bundesweiter Informations- und Erfahrungsaustausch gewährleistet, an dem rund 1000 Gruppen und Kontaktpersonen im Bundesgebiet partizipieren. Der Arbeitskreis war ursprünglich im Rahmen des BBU angesiedelt (ohne sich auf dessen Mitgliedsgruppen zu beschränken), hat sich jedoch 1985 nach jahrelangen Spannungen mit Teilen des Vorstands und der Geschäftsführung unabhängig gemacht. In enger Verbindung mit dem Arbeitskreis werden seit 1978 in (meist) zweijährigem Turnus bundesweite Verkehrskongresse durchgeführt, bei denen ein breites Themenspektrum – von Fragen punktueller Verkehrsberuhigung bis hin zu Problemen des Bundesfernstraßenbaus und des Luftverkehrs – diskutiert sowie Lösungsvorschläge und Programme erarbeitet werden.

In vergleichbarer Weise und mit ähnlichem Selbstverständnis kooperieren auch *Initiativen im technischen und wissenschaftlichen Bereich* (unter anderem Wissenschaftsläden) und im Gesundheitsbereich (zum Beispiel Gesundheitsläden, Elterninitiativen gegen Pseudo-Krupp-Husten, Formaldehyd-Geschädigte). Wie die Verkehrsinitiativen sind auch diese Gruppen aufgrund ihrer heterogenen Zusammensetzung nur schwer zu klassifizieren. Einzelne Gruppen, die aus einer unmittelbaren Betroffenheit heraus entstanden sind, werden sich weder der Ökologie- noch der Selbsthilfebewegung zurechnen, während andere (etwa die Träger der Gesundheitsläden) sich durchaus mit Strömungen der politischen Ökologie identifizieren.

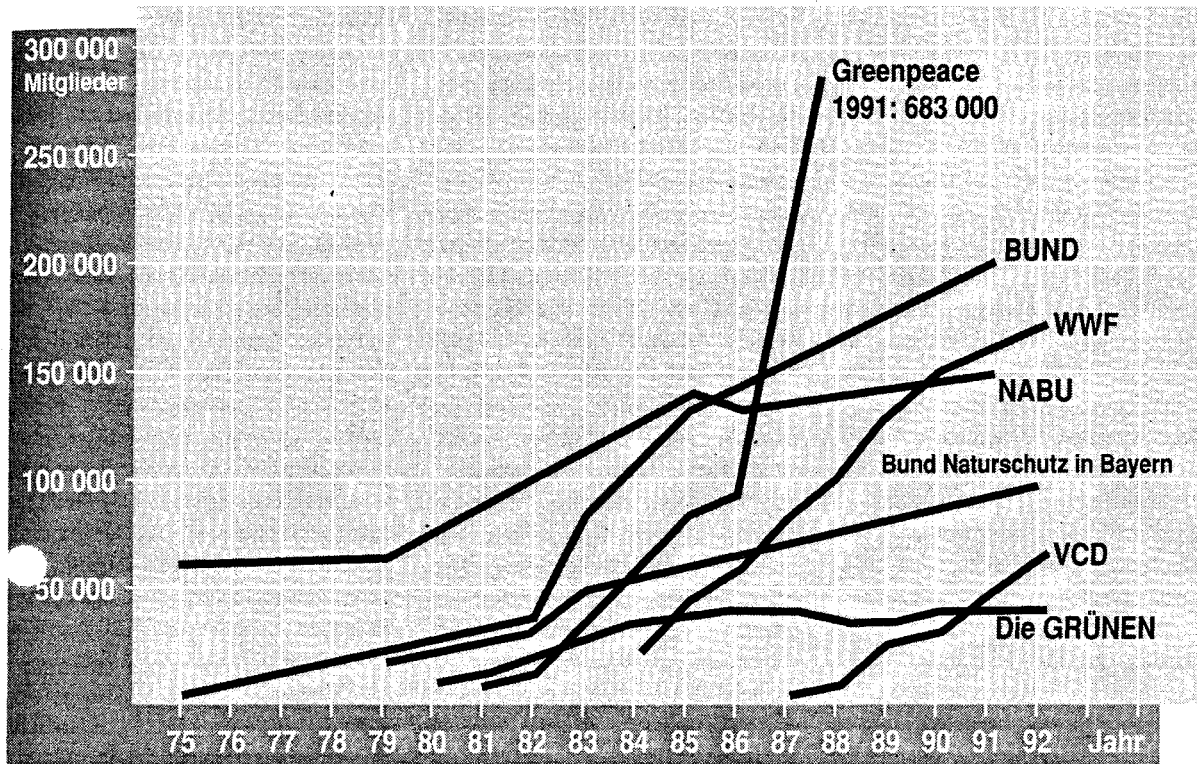


Abbildung 1: Mitgliederentwicklung ausgewählter Großorganisationen des Umweltschutzes. Die Angaben zum BUND enthalten auch Mitglieder des Bund Naturschutz in Bayern.

Im Übergangsbereich zur politischen Ökologie ist auch Die *Verbraucherinitiative* (VI) mit Sitz in Bonn angesiedelt. Sie wurde 1985 von einem früheren Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz ins Leben gerufen, um den von traditionellen Verbrauchergruppen eher vernachlässigten Umweltschutzaspekten im Konsumgüterbereich zu mehr Geltung zu verhelfen. Ende 1992 zählte die VI 7500 Mitglieder.

■ Organisationen der politischen Ökologie

In diesem Bereich hat sich seit Anfang der siebziger Jahre ein weitverzweigtes und sehr dynamisches Spektrum von Organisationen und informellen Gruppierungen entwickelt. Der im Juni 1972 als Zusammenschluß von 15 regionalen Gruppierungen entstandene *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz* (BBU) nahm bis Anfang der achtziger Jahre eine politisch und strategisch wichtige Funktion für die Bürgerinitiativ- und Ökologiebewegung ein. Strukturell gesehen ist der BBU ein Versuch, das Prinzip autonomer Basisinitiativen mit dem eines schlagkräftigen Interessenverbandes zu versöhnen. In politischer Hinsicht changierte der BBU zwischen ökologischer Fundamentalop-

position und pragmatischer politischer Intervention. Zugleich versuchte er zwischen sozialdemokratischen und grünen Neigungen beziehungsweise Avancen einen überparteilichen Kurs zu steuern. Diese Balanceakte waren auf Dauer zu prekär. Der BBU sah sich wachsender interner und externer Kritik ausgesetzt. Hinzu kam das verstärkte Gewicht direkter oder indirekter Konkurrenzorganisationen, so daß der Verband in den vergangenen Jahren ins Hintertreffen geriet. Der zu seinen besten Zeiten verkündete und ständig kolportierte Anspruch, knapp 1000 Initiativen mit weit über 300 000 Mitgliedern zu verkörpern, war schon immer weit übertrieben. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre stand es mit dem BBU nicht zum besten. Interne Zwistigkeiten führten zu demonstrativen Austritten von Initiativen und Vorstandsmitgliedern. Die Zahl der Mitgliedsgruppen liegt derzeit bei rund 200. Hinzu kommen 570 Fördermitglieder (Stand 1989). Die Bonner Geschäftsstelle ist chronisch überlastet. Inzwischen hat sich der BBU auf einem relativ niedrigen Aktivitäts- und Mitgliederstand konsolidiert.

Parallel zum Niedergang des BBU erfolgte der Aufstieg der Bundespartei DIE GRÜNEN, auf die hier nicht näher eingegangen wird. Im Hinblick auf Fi-

nanz- und Personalvolumen, Publizität und politische Einflußmöglichkeiten ist diese Partei heute sicher die potenteste Organisation der bundesdeutschen Ökologiebewegung. 1992 verzeichnete die Partei knapp 38 000 Mitglieder und ein Haushaltsvolumen von nahezu 60 Millionen Mark.

Zum Netzwerk der politischen Ökologie zählt weiterhin eine Fülle kleinerer, im Hinblick auf Tätigkeitsformen, Inhalte oder Zielgruppen spezialisierter Organisationen, von denen hier lediglich einige exemplarisch vorgestellt werden sollen. Das größte und bekannteste unter den autonomen, ökologisch orientierten Forschungsinstituten ist das 1977 gegründete „*Öko-Institut* - Institut für angewandte Ökologie“ mit Sitz in Freiburg. Es will „im Kampf für eine menschenwürdige Zukunft und lebenssichere Zivilisation“ den „Bürgern helfen, wissenschaftliche Unterstützung ... zu gewinnen“ und dem Übergewicht von Experten aus Industrie und Administration entgegenzuwirken. Träger des Instituts sind die derzeit rund 5400 Vereinsmitglieder. Wichtigste Finanzierungsquellen sind Mitgliedsbeiträge, Spenden und Projektaufträge, die – etwa als „kritische Gutachten“ – zuweilen auch von öffentlichen Stellen vergeben wurden.



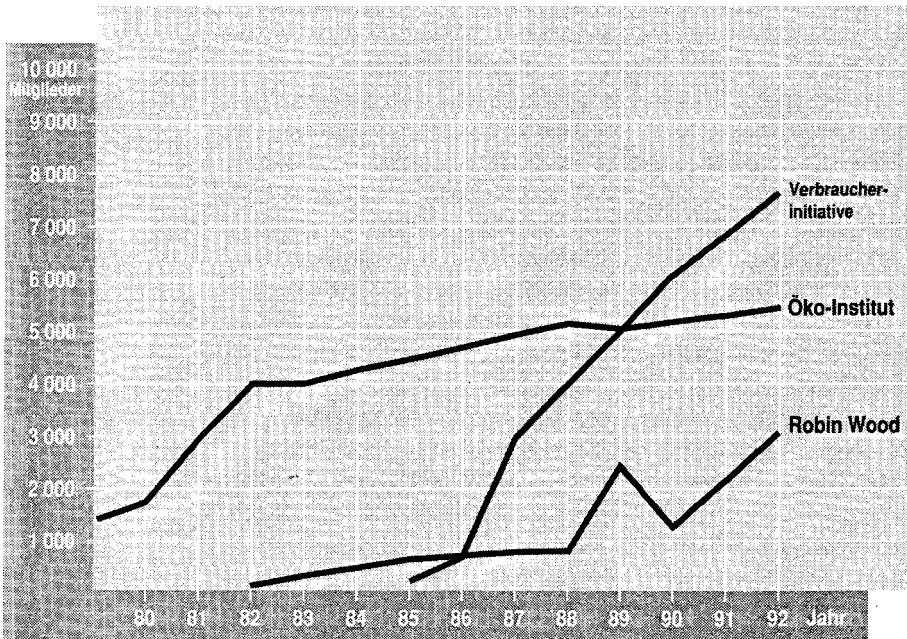
Zum Autor:

Dr. Dieter Rucht, Jahrgang 1946, ist Politikwissenschaftler und veröffentlichte zahlreiche Arbeiten zu sozialen Bewegungen.

Kontakt:

Dr. Dieter Rucht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Reichpietschufer 50, D-1000 Berlin 30, Tel. (030) 25491-0

Abbildung 2: Mitgliederentwicklung ausgewählter Kleinorganisationen des Umweltschutzes



Im Jahr 1982 entstand im norddeutschen Raum aus einer Abspaltung von Greenpeace *Robin Wood*. Zu diesem Zeitpunkt gewann gerade die Debatte um das „Waldsterben“ an Breitenwirkung. Dieses Problem gab der Organisation den Anstoß für ihren Namen und für die Konzentration auf Fragen der Luftverschmutzung. Organisatorisch setzt sich Robin Wood entschieden vom größeren Bruder Greenpeace ab, achtet strikt auf basisdemokratische Entscheidungs- und Handlungsstrukturen. Hinsichtlich des Aktionstypus ist die Organisation jedoch im wesentlichen eine Kopie von Greenpeace. Robin Wood stützt sich auf ein Koordinationsbüro im Bremen sowie 30 Unterstützer- bzw. Kontaktgruppen und einen Kreis von rund 3000 Mitgliedern im ganzen Bundesgebiet. Im Unterschied zu Greenpeace bleibt die Organisation auf den nationalen Bereich beschränkt. Seit einigen Jahren gibt es allerdings in Frankreich „Robin des Bois“, einen kleineren Ableger von Robin Wood. Finanziell und personell verfügt Robin Wood nur über einen Bruchteil der Ressourcen von Greenpeace.

Schließlich ist dem Sektor der politischen Ökologie eine Vielzahl informeller Zirkel und Initiativen zuzurechnen, die sich um bestimmte Themenschwerpunkte gruppieren (Landbau, Ernährung, Gesundheit, Reproduktionstechnologien, Verkehr, Dritte Welt etc.). Das Gros die-

ser Initiativen ist jedoch im Energiebereich, insbesondere im Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie, aktiv. Die Anti-AKW-Gruppen bildeten den Kern und die treibende Kraft der Ökologiebewegung. Diese Initiativen verfügen in ihrer Mehrzahl weder über verbindliche organisatorische Strukturen noch über einen professionellen Apparat. Sie sind jedoch auf vielschichtige Weise miteinander verknüpft und vermögen fallweise ein großes Sympathisantenpotential zu mobilisieren. Knotenpunkte dieses Netzes sind zum einen dauerhafte raumbezogene Koordinationsstrukturen (zum Beispiel badisch-elsässische Initiativen, Bürgerinitiative Umweltschutz Untereibe, Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen), unregelmäßige Landes- und Bundeskonferenzen sowie stärker spezialisierte Zirkel, etwa die bundesweite „Atommüllkonferenz“ oder die Redaktionen von Anti-AKW-Zeitschriften.

■ Kooperation, Verflechtung, Strukturprobleme

Vor allem die bundesweiten Dachverbände stehen untereinander in ständigem Kontakt. Relativ unverbindliche Formen der Kommunikation beziehungsweise Koordination sind gelegentliche Beratungsgespräche, die Mitarbeit in offiziellen Gremien, zum Beispiel der Arbeitsge-

meinschaft für Umweltfragen oder gemeinsame Aufrufe und Pressekonferenzen. Daneben kommt es zu längerfristigen, halb formalisierten Aktionsbündnissen (etwa im Rahmen der „Aktionsgemeinschaft gegen das Waldsterben“ oder anlässlich der Durchführung des Deutschen Umwelttages) und auch zu institutionalisierten Verklammerungen. Diese sind meist historisch gewachsen und haben zu sehr unübersichtlichen Konstruktionen geführt. Weiterhin sind die großen nationalen Organisationen als formelle Mitglieder dem Europäischen Umweltbüro (EEB) angeschlossen. Es wäre verfehlt, angesichts all dieser Formen der Kooperation und Verflechtung auf ein hohes Maß an Interessenidentität der beteiligten Organisationen zu schließen. Formelle Mitgliedschaft ist nicht immer gleichbedeutend mit intensiver Beteiligung oder gar inhaltlicher Zustimmung, wie das Beispiel des DNR lehrt. Die Gemeinsamkeiten diverser Aktionen entspringt oft nur dem Interesse, in der Konkurrenz um knappe Ressourcen und Möglichkeiten öffentlicher Selbstdarstellung nicht an Boden zu verlieren. Hinter und zuweilen auch vor den Kulissen ringen die Verbandsvertreter mühsam um Einfluß, Pfründe, Kompromiß und Konsens. Dabei sind persönliche Profilierungsbemühungen, parteipolitische Affinitäten, Organisationspatriotismus und umweltpolitisches Engagement schwerlich auseinanderzuhalten. Die tiefer verankerten Trennungslinien sind jedoch durch die bereits bezeichneten politisch-ideologischen Grundorientierungen vorgezeichnet. So ist es wohl kein Zufall, daß den Hauptströmungen des unpolitischen Naturschutzes, des pragmatisch intervenierenden Umweltschutzes und der systemkritischen politischen Ökologie auf Bundesebene zumindest bislang relativ klar konturierte Organisationskerne in Gestalt des DNR, des BUND sowie der Gruppe von BBU, GRÜNEN und autonomen Anti-AKW-Initiativen entsprechen.

Allerdings gehen strategische und politisch-ideologische Differenzen teilweise auch quer durch einzelne Organisationen. Dies gilt nicht nur für die Partei DIE GRÜNEN mit ihrem Fundamentalo-Realo-Dauerstreit oder für die Anti-AKW-Bewegung mit ihrer Gewaltdiskussion, sondern auch für die bereits angedeuteten, weitaus weniger bekannten Binnenkon-

flikte des DNR und des BBU. Zu den externen und internen Differenzen kommen strukturelle Belastungen, die sich aus der chronischen Unterfinanzierung der meisten Organisationen ergeben. Diese sehen sich – etwa bei Gerichtsstreitigkeiten, Anhörungen zu Gesetzgebungsverfahren oder sonstigen fachlichen Stellungnahmen – zumeist bestens gerüsteten Widersachern aus politischer Administration und Wirtschaftsverbänden gegenüber, denen sie oft nur selektiv und unter extremem Energieaufwand Paroli zu bieten vermögen. Von einer kontinuierlichen, flächendeckenden und kompetenten Einflußnahme auf den gesamten Bereich der Umweltpolitik kann somit keine Rede sein. Nachweisbare, institutionell verankerte Erfolge der Umweltschützer sind selten. Faktisch bleibt die Ökologiebewegung in der Bundesrepublik noch immer auf ihre Rolle als Ankläger, Störenfried und Cassandra beschränkt, so „mächtig“ sie auch im internationalen Vergleich erscheinen mag.

■ **Schlußbemerkungen**

1. Das organisatorische Gesamtgefüge in den Sektoren Naturschutz, Umweltschutz und politischer Ökologie unterlag seit Beginn der siebziger Jahre *starken Wandlungen*. Bestehende Naturschutzorganisationen wurden dynamisiert und vollzogen programmatische und strukturelle Reformen; neue Organisationen entstanden als basisorientierte Zusammenschlüsse oder als Gründungen „von oben“; schließlich entwickelten sich auch lose Netzwerke, ohne ihren informellen Charakter grundsätzlich einzubüßen. Zwar kann man insgesamt *eine zunehmende Organisationsdichte* feststellen, doch war die Ökologiebewegung zu keinem Zeitpunkt ein amorphes, unorganisiertes Konglomerat von Einzelpersonen und Kleingruppen. Ihr Rückrat, vor allem bei größeren und/oder längerfristigen Aktionen und Kampagnen, bestand aus mehr oder weniger formalisierten Organisationen.

2. Die derzeitige Basis der Ökologiebewegung bildet ein loser, äußerst *komplexer Verbund* von jeweils in sich konsistenten *Netzwerken*. Dieser Verbund reicht von der lokalen bis zur internationalen Ebene. Er enthält mehrere Zen-

tren, deren Gewicht je nach Themen oder Aktionsfeldern variiert, sowie Organisationen höchst unterschiedlicher Größenordnung, Struktur, Programmatik und ideologischer Ausrichtung. Besonders die nicht spezialisierten Organisationen im Bereich des Natur- und Umweltschutzes stehen in einer zumindest indirekten Konkurrenz um Mitglieder, Ressourcen und Einfluß. Andere Organisationen agieren zum Teil als Quasi-Monopolisten innerhalb enger Teilgebiete. Trotz der Größe einzelner bundesweiter Organisationen konnte doch *keine* einzelne unter ihnen eine *hegemoniale Stellung* einnehmen und etwa die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse der Ökologiebewegung insgesamt dominieren. Auf längere Sicht dürften allerdings die professionell geführten großen Mitgliederorganisationen gegenüber den losen Netzwerken autonomer Gruppierungen ein größeres Gewicht erlangen. Die meisten unter ihnen verzeichneten in den siebziger und achtziger Jahren ein starkes Wachstum, das sich allerdings in den letzten Jahren verlangsamt hat.

3. Trotz der in den siebziger Jahren rasch vorangeschrittenen überregionalen Vernetzung von Gruppen und Verbänden ist keine Tendenz zur organisatorischen Homogenisierung der Ökologiebewegung erkennbar. Abspaltungen von bestehenden Organisationen, vor allem aber die zahlreichen neugegründeten, oft themen- und situationsspezifisch entstandenen Organisationen haben somit in der Tendenz eher zu einer weiteren *Diversifikation und Fragmentierung* der Bewegung geführt. Dieser Trend wird noch durch die Spezialisierung einer sich immer weiter verzweigenden und immer mehr Fachkunde erfordernenden Umweltpolitik verstärkt. Das führt im Ergebnis zwar zu einer engeren Kooperation und Verflechtung auf sektoraler Ebene (etwa in den Bereichen Ernährung, Chemie, Verkehr), vollzieht sich aber gleichsam unterhalb einer ohnehin immer diffuser erscheinenden ökologischen Gesamtbewegung. Schon heute ist somit zweifelhaft, ob die Rede von *einer* Ökologiebewegung noch Sinn macht, ob damit auf der Ebene faktischer Gemeinsamkeiten wie subjektiver Zurechnung überhaupt eine kollektive Identität gestiftet werden kann.